

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 786

Mittwoch, 16. August 2023

30. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Vor dem 2. Wahlgang: Bernardo Arévalo und der leere Stuhl von Sandra.....	1
SEMILLA sucht die Annäherung an die kommunalen Spitzen.....	3
WhatsApp-Nachrichten aus El Estor.....	3
Die US-Regierung und eine kanadische Bergbaufirma wollen die Kontrolle über die Fénix-Mine in Guatemala übernehmen.....	4
Zentralamerika im Fokus: Einsatz für Umwelt, Demokratie und Menschenrechte und die Rolle Deutschlands (Runder Tisch Zentralamerika, 7.-9. September 2023 in Berlin).....	4
Hip-Hop-Workshop mit guatemaltekischer Sängerin am 20. August in Berlin.....	6
In eigener Sache: Und jetzt die kurze Sommerpause.....	6

Vor dem 2. Wahlgang: Bernardo Arévalo und der leere Stuhl von Sandra

Guatemala, 8. August - Die Präsidentschaftskandidatin der Nationalen Einheit der Hoffnung (UNE), Sandra Torres, hat sich entschieden, der von der Vereinigung der guatemaltekischen Manager*innen (AGG) und den Medien organisierten Präsidentschaftsdebatte mit ihrem Gegenkandidaten Bernardo Arévalo von der Bewegung SEMILLA fernzubleiben. Die Veranstaltung fand am 7. August statt. Bereits Tage zuvor hatte Torres angekündigt, dass sie nicht an der Debatte teilnehmen werde, da sie am selben Abend ihren Regierungsplan vorstellen werde.

Es sind nur noch wenige Tage bis zum zweiten Wahlgang, der für den 20. August angesetzt ist, und die Teilnahme an einer Debatte könnte ein Schaufenster für die Präsidentschaftskandidat*innen sein. Torres lehnte dies jedoch ab.

Arévalo, der Präsidentschaftskandidat der Bewegung SEMILLA, kam jedoch und hatte die Gelegenheit, seinen Regierungsplan vorzustellen. Neben einem leeren Stuhl sitzend, begann der Kandidat seinen Input, indem er darauf hinwies, dass Guatemala zwei Möglichkeiten habe: "einen leeren Stuhl mit einer Kandidatin, die heute nicht anwesend ist, die sich der Verbreitung von Lügen und Desinformation verschrieben hat, so dass sie das Niveau der politischen Diskussion in unserem Land auf schmerzhaft Weise gesenkt hat"; oder die zweite: "wir, die wir ein Angebot machen, in dem wir uns nicht auf diese Art von Diskussion einlassen, weil wir glauben, dass wir ernsthaft und verantwortungsvoll darüber diskutieren müssen, wie wir die Probleme in Zukunft lösen werden", sagte er. Am Ende der Veranstaltung wies der Präsidentschaftskandidat darauf hin, dass das, was eine Debatte hätte sein sollen, ein Interview war und eine Gelegenheit gewesen wäre, die beiden Pläne miteinander zu konfrontieren.

In der Zwischenzeit veröffentlichte Torres ein Video in ihren sozialen Netzwerken, in dem sie erklärte, dass sie keine Angst, vor der Debatte habe, sondern "nur vor Gott". Die Kandidatin wies darauf hin, dass sie sich nicht der Agenda anderer fügen werde und dass sie vor der Teilnahme an einer solchen Veranstaltung zunächst ihren Regierungsplan vorstellen werde.

Der politische Analyst Alfredo Calderón glaubt, dass Torres an einem Scheideweg steht. Wenn sie an der Debatte teilnehmen würde, könnte sie geschlagen werden, wenn nicht, würde es in der Öffentlichkeit als eine schlechte Entscheidung wahrgenommen. "Sie wählte das kleinere Übel" und entschied, sich, unter dem Vorwand, ihren Regierungsplan vorzustellen, nicht teilzunehmen. "Dieser leere Stuhl an der Seite des Kandidaten hat ihrem ohnehin schon angeschlagenen Image noch mehr geschadet, sie befindet sich in einer Abwärtsspirale, während Arévalo auf dem Vormarsch ist".

Der Politologe Luis Mack meint, Torres habe das Forum mit Arévalo gemieden, weil Arévalo erstens besser debattieren könne und zweitens die Regierungspläne der beiden Parteien sehr verschieden seien. Die Kandidatin der UNE habe es nicht nur zu spät vorgelegt, sondern einige Leute würden bereits sagen, dass es schlecht zusammengestellt und in eini-

gen Teilen abgeschrieben worden sei, sagte er. Drittens stellte Mack fest, dass es der Präsidentschaftskandidatin nicht nur an Debattierfähigkeit mangle, sondern dass sie auch sehr sprunghaft gelte und schnell wütend werde.

Hugo Maúl, Mitglied des Zentrums für Nationale Wirtschaftsforschung (CIEN), der als Analyst an der Veranstaltung teilnahm, wies darauf hin, dass Torres ihre Gründe für ihre Nichtteilnahme hatte. Er bedauerte, dass die Bevölkerung so keine direkte Gegenüberstellung der verschiedenen Positionen der Kandidat*innen erleben konnte – zumal ein grosser Teil der Bevölkerung noch unentschlossen sei, wen sie wählen solle.

"Um der Demokratie willen sollte es eine Kultur der offenen Debatten geben, die klaren Regeln folgt", fügte er hinzu.

In diesem Wahlkampf zeichne sich die UNE-Kandidatin durch ihren Rechtsruck aus, so Calderón. Im Gegensatz zu anderen Wahlen präsentiere sich Torres nicht als Oppositionelle, sondern als Verbündete der jetzigen Regierung und verwandter Sektoren. "Sie wirkt zögerlicher, unsicherer, sie ist ständig wütend auf Journalist*innen und Leute, die ihr un-bequeme Fragen stellen", sagte er. (...)

Arévalo und Torres präsentieren ihre Regierungspläne

Bernardo Arévalo, der Präsidentschaftskandidat der SEMILLA, stellte den Medien und den Zuschauer*innen des Interviews den Regierungsplan seiner Partei vor, in dem er unter anderem die soziale wirtschaftliche Entwicklung, den nachhaltigen Handel, die Infrastruktur und die Sicherheit der Bürger sowie die menschliche Entwicklung ansprach. Ein weiterer Punkt war die Rettung der staatlichen Institutionen. Der Kandidat räumte ein, dass er, wenn er an die Macht käme, einen geschwächten Staat vorfinden würde, da die Korruption nicht nur Geld verschwinden, sondern auch die Institutionen verkümmern lasse.

Der Präsidentschaftskandidat der SEMILLA wies darauf hin, dass man bereits in den ersten 100 Tagen Massnahmen ergreifen müsse, um konkrete Ergebnisse zu erzielen. Man wisse, dass man Vertrauen gewinnen müsse, um Kredite beantragen zu können, damit man an den Veränderungen arbeiten könne, die das Land brauche. "Wir sind uns darüber im Klaren, dass der Kampf gegen die Korruption, wenn er von der unserer Bewegung und ihren Minister*innen geführt werden soll, ohne die Unterstützung Guatemalas nicht funktionieren wird. Zugleich wissen wir, dass das guatemalteki-sche Volk am 20. August ein Mandat für den Kampf gegen die Korruption erteilen wird, und nur mit diesem gesellschaftlichen Konsens werden wir in der Lage sein, voranzukommen", sagte er.

Die Kandidatin Torres stellte ebenfalls ihren Regierungsplan vor, allerdings an einem anderen Ort, wo sie mit Verspätung eintraf. Ihr Plan besteht aus sechs Schlüsselthemen: 1) Frieden und Sicherheit, wobei sie sagte, dass sie der verbreiteten Erpressung ein Ende setzen und die Zahl der Mitarbeiter*innen der Nationalen Zivilpolizei (PNC) erhöhen werde; 2) wirtschaftlicher Aufschwung, 3) sozialer Schutz, 4) Transparenz, 5) Korruptionsbekämpfung und 6) Sport. Eines der Versprechen von Torres ist die Senkung der Mehrwertsteuer bei zehn Produkten des Grundwarenkorb, um die Familienhaushalte zu entlasten, sowie die Senkung der Einfuhrzölle auf alle Produkte. Die ersten Produkte, deren Preise gesenkt werden, sind nach ihren Worten Brot und Hühnchen. Die Kandidatin versprach auch, die Steuern auf Kraftstoff und Gas zu senken.

"Allen möchte ich sagen: Ich habe keinen Paten und bin niemandes Marionette", sagte sie unter dem Beifall des Publikums. Sie warf Arévalo vor, Wahlumfragen zu finanzieren und in seinem Sinne zu manipulieren.

Laut La Hora hat sie bei einem Wahlkampfauftritt am 6. August in diskriminierender Weise die Mitglieder der SEMILLA als «verweichlichte Männer», die Bewegung als «Partei der Eingebildeten» bezeichnet; als eine Partei, die für die Ehe für alle eintreten und damit die Familie und die Religion verachten würden. Arévalo sei nicht in Guatemala geboren und daher nicht vertrauenswürdig. Auch glaube er nicht an Gott. Ein Anwalt hat sie daraufhin wegen Diskriminierung angezeigt. Torres hat daraufhin ihrerseits SEMILLA eine Schmutzkampagne vorgeworfen. Sie als Frau und alle Frauen seien die Opfer dieser Kampagne.

Der Wirtschaftswissenschaftler Maúl kommentierte den von Arévalo vorgelegten Plan folgendermassen: Man müsse unterscheiden zwischen einer Botschaft an die Bevölkerung, um zur Wahl zu gehen, dem, was in einem Regierungsplan verankert, und dem, was in der Praxis erreicht werden kann. In diesem Plan wird zwar der Kampf gegen die Korruption erwähnt, aber es werden keine konkreten Massnahmen genannt, um zu sehen, wie dieses Problem konkret angegangen werden soll, sagte er. Darüber hinaus wies er darauf hin, dass Arévalo, wenn er an die Regierung kommt, mit einer starken und kämpferischen Opposition konfrontiert sein werde und mit einem öffentlichen Sektor, der aufgrund der Logik seiner Funktionsweise, wie z.B. Tarifvereinbarungen, die Haushaltsstarrheit und die institutionelle Schwäche, schwer zu reformieren sei.

Im Fall von Torres stellte Mack fest, dass einige Leute sie in den sozialen Medien des Plagiats bezichtigt haben. Carlos Mendoza, ein Analyst der Organisation Diálogos, schrieb auf seinem Twitter-Account, dass er bei der Überprüfung des Themas Sicherheit der Bürger*innen in dem Plan einige falsch zitierte Absätze aus einem Papier gefunden habe, das er vor einem Jahr geschrieben habe. Mit einem schlecht zusammengestellten Plan, ohne eine Debatte führen zu wollen, wisse er, Luis Mack, nicht, warum sie ihn hervorgeholt hat. Es ergebe keinen Sinn. Da sie ja nun die erste Runde bestanden habe, hätte sie durchaus zur Debatte gehen können, sagte Mack.

Maúl machte einen Unterschied zwischen den Plänen der beiden Kandidat*innen. Die UNE mache eine Reihe von Angeboten, die darauf abzielten, das Leben der Wähler*innen zu versüßen, um Zugang zu mehr subventionierten Gütern und Dienstleistungen oder Sozialprogrammen zu erhalten. SEMILLA habe ein tieferes Interesse an der Reform des Staates und suche nach Mechanismen, die sich auf die sozialen Bedingungen auswirken, während das Programm der UNE nach schnellen Instrumenten zur Erfüllung von Wahlversprechen suche, ohne sich auf die Wiederherstellung und Stärkung der Institutionen des öffentlichen Sektors zu konzentrieren, sagte er. (Prensa Comunitaria)

SEMILLA sucht die Annäherung an die kommunalen Spitzen

Guatemala, 8. August – Die Kandidat*innen für die Präsidentschaft und Vizepräsidentschaft der Bewegung SEMILLA richtete einen öffentlichen Brief an die für die Amtszeit 2024-2028 gewählten Bürgermeister*innen, in dem sie vorschlugen, das Verhältnis zwischen der Zentralregierung und den Gemeinden zu ändern, das durch die Anwerbung lokaler Autoritäten und die Konditionierung öffentlicher Investitionen gekennzeichnet sei.

In Begleitung gewählter Abgeordneter und anderer Parteikader verlas Arévalo das Schreiben an die Bürgermeister*innen, in dem er darauf hinwies, dass die aktuellen Beziehungen zwischen Staatsregierung und Kommunen durch den Ausschluss und die Marginalisierung jener kommunaler Körperschaften gekennzeichnet sei, die sich nicht den Entscheidungen der zentralen Exekutive unterwerfen wollen.

Ausserdem seien viele Investitions- und Entwicklungspläne ohne ausreichenden Dialog und ohne massgebliche Beteiligung der Bürgermeister*innen und der Unternehmen durchgeführt worden, sagte er. "Mein Ziel als nächster Präsident ist es, diese Realität zu ändern. Stärkung der kommunalen Autonomie, Förderung der Koordination, Förderung des Dialogs und der Einheit, um Guatemala voranzubringen", sagte er. Dazu gehöre auch die Erhöhung der öffentlichen Investitionen in den Bereichen Gesundheit, Bildung, allgemeine Infrastruktur und ländliche Strassen. "Diejenigen, die bereit sind, die enormen Herausforderungen, vor denen unser Land steht, anzugehen, sind eingeladen, mitzumachen. Dies ist ein Weg, der erst am Anfang steht und bei dem die lokalen Regierungen eine Schlüsselrolle spielen werden, wenn es darum geht, die Saat des Wandels zu säen", so die Partei in ihrem Schreiben.

Der Präsidentschaftskandidat stellte klar, dass man nicht das Spiel mitspielen werde, den Bürgermeister*innen vorzuschreiben, dass sie nur dann in den Genuss von Projekten kämen, wenn sie zu der Regierungspartei gehören. "Wir bekräftigen, dass es die Pflicht der Zentralregierung ist, mit allen Bürgermeister*innen zusammenzuarbeiten, unabhängig davon, für welche Partei sie gewählt wurden", sagte er.

Die Botschaft an die gewählten Bürgermeister*innen kommt nur wenige Tage nach dem Treffen der Generalstaatsanwältin Consuelo Porras mit dem Nationalen Verband der Gemeinden (ANAM) am vergangenen Freitag, bei dem sie versuchte, sich bei ihnen einzuschmeicheln und ihr Engagement für eine Zusammenarbeit zu bekräftigen. Porras nimmt nur selten an öffentlichen Veranstaltungen teil, aber bei dieser Gelegenheit hielt sie eine Rede, in der sie deutlich machte, dass die Staatsanwaltschaft (MP) die strafrechtlichen Massnahmen gegen die Partei SEMILLA fortsetzen werde, die in den letzten Wochen so viel Kritik aus anderen Teilen der Bevölkerung hervorgerufen haben.

Die Wahlen von 2023 ergaben, dass 132 Bürgermeister*innen aus der jetzigen Regierungspartei VAMOS gewählt wurden, gefolgt von jenen der Partei CABAL [von Eduard Mulet] in mindestens 50 Gemeinden. An dritter Stelle lag die UNE von Sandra Torres mit 36 Gemeinden. SEMILLA gewann nur das Amt der Bürgermeister*in von Palestina de los Altos im Landkreis Quetzaltenango.

Während der Regierung von Alejandro Giammattei wurden die Bürgermeister*innen auf verschiedene Weise von der Regierungspartei begünstigt, um ihre Unterstützung bei den Wahlen zu gewinnen. Für die Räte für die Entwicklung der Departements (CODEDE), die für Investitionen in den Departements zuständig sind, war für das Jahr 2023 ein Investitionsbetrag von 3,392 Milliarden Q (= 385 Mio. €) vorgesehen. Das Ministerium für Verkehr und Kommunikation, dessen zugewiesene Mittel in den letzten Jahren häufig nach Belieben und zugunsten von Bauunternehmen, die mit verschiedenen Parteien verbunden sind, verwendet worden sind, war eines der am meisten begünstigten Ressorts während dieser Regierung, und im Wahljahr 2023 wurde sein Budget von 5,7 Mrd. Q (= 674 Mio. €) auf 8,04 Mrd. Q (= 908,4 Mio.) erhöht. (Prensa Comunitaria)

WhatsApp-Nachrichten aus El Estor

El Estor / Bochum, 09.08.2023 – *Unsere Fijáte!-Abonnent*innen Brigitte und Georg Schubert haben erneut ein Stimmungsbild von ihren Freund*innen in El Estor an unsere Redaktion übermittelt. Brigitte Schubert schreibt:*

Aktuell ist die Stimmung in der Stadt und in der Umgebung sehr bedrückend bis aggressiv, obwohl der Lärm der LKWs verstummt und aus der Mine kein Lärm zu hören ist. Die Arbeit ruht im Moment. Aber dir Ruhe ist trügerisch. Die indigene Bevölkerung vermutet, dass dies mit dem Verkauf der Mine an US-amerikanische und kanadische Unternehmen zu tun hat, wie es die Prensa Comunitaria am 13. April 2023 berichtete (*s. nachfolgend in einer gekürzten Übersetzung*):

Die US-Regierung und eine kanadische Bergbaufirma wollen die Kontrolle über die Fénix-Mine in Guatemala übernehmen

Montreal / Washington / El Estor, 13. April - Laut dem Newsweek Magazine "unterstützt die US-Regierung ein kanadisches Unternehmen beim Erwerb einer umstrittenen Nickel-Mine in Guatemala. Dies geschieht inmitten eines immer schärferen Wettbewerbs mit China um strategische Ressourcen wie Nickel, die für Technologien wie Elektroautos von entscheidender Bedeutung sind". Offenbar nutzt die Central America Nickel Corporation (CAN) mit Sitz in Montreal, Kanada, die von den Vereinigten Staaten willkürlich verhängten Sanktionen gegen ein in der Schweiz ansässiges russisches Unternehmen, um die kanadische Kontrolle über die Nickel-Mine Fénix auf dem traditionellen Land des Q'eqchi-Volkes im Osten Guatemalas zurückzugewinnen. Die Fénix-Mine wurde in den 1970er Jahren von INCO (International Nickel Company) in Zusammenarbeit mit dem von den USA unterstützten Militärregime in Guatemala errichtet.

Der Wirtschaftsimperialismus der USA und Kanadas

Ein krasserer Beispiel für den Wirtschaftsimperialismus der USA und Kanadas ist kaum zu finden. Einem Memo zufolge, das Newsweek erhalten hat, "sollen die guatemalteckischen Vermögenswerte der in der Schweiz ansässigen Solway Investment Group - die aufgrund von Vorwürfen russischer Einflussnahme und Umweltzerstörung unter US-Sanktionen gestellt wurden - mit Unterstützung der US-Regierung von [Central America Nickel] mit Sitz in Montreal zu einem erheblichen Preisnachlass erworben werden" (s. David Brennan, U.S. Role in Notorious Nickel Mine Deal Revealed, in: Newsweek, 6. April 2023, <https://www.newsweek.com/newsweek-exclusive-us-bid-help-secure-sanctioned-1bn-nickel-mine-guatemala-fenix-1792282>).

Die "International Development Finance Corporation (DFC) der US-Regierung hat bereits zugestimmt, eine Versicherung gegen politische Risiken für ein Nickelprojekt in Guatemala sowie eine Finanzierung in Höhe von 300 Millionen Dollar für zusätzliche Verarbeitungsanlagen bereitzustellen". Weiter heisst es in dem Artikel aus der Newsweek: "Das dort produzierte Nickelsulfat ist für den Verkauf an US-Batterie- und [Elektrofahrzeug-]Hersteller wie General Motors bestimmt. Der Plan ... sieht vor, die Nickel-Aktiva von CAN in Guatemala auf ein US-amerikanisches Unternehmen namens America Rare Earth Sources Inc (ARES) zu übertragen, das sich zu 100 % im Besitz von CAN befinden wird."

CAN wird 100 % von ARES übernehmen, das wiederum 100 % der Anteile von zwei guatemalteckischen Unternehmen, Rio Nickel Inc. und Nichromet Guatemala Inc. übernehmen werde. Der Rohstoff Nickel ist einer der vielen Bereiche, in denen sich Peking und Moskau wirtschaftlich annähern. Bloomberg berichtet, dass Russlands grösstes Bergbauunternehmen sein Nickel jetzt in Yuan an China verkauft.

Kanada gehört zu den Ländern, die daran arbeiten, Peking aus seinen strategischen Industrien auszuschliessen. Letztes Jahr zwang die Regierung drei chinesische Unternehmen, sich von kanadischen Lithium-Minen zu trennen. Industrie-minister François-Philippe Champagne erklärte, Ottawa werde "entschlossen handeln, wenn Investitionen unsere nationale Sicherheit und unsere kritischen Rohstoffversorgungsketten bedrohen". Für die kanadische Regierung sind die Rohstoffe, die sich auf oder unter dem Land der Q'eqchi befinden, für "unsere nationale Sicherheit und unsere kritischen Versorgungsketten mit Mineralien" von entscheidender Bedeutung. (Prensa Comunitaria)

Es wird in El Estor auch vermutet, dass die bevorstehende Stichwahl und der damit einhergehende Regierungswechsel den Besitzwechsel der Mine beeinflusst hat. Die Menschen in El Estor sind vermehrt auf den Strassen und organisieren Blockaden. Viele haben im ersten Wahlgang demonstrativ ihre Wahlzettel zerrissen oder ungültig gewählt. Die Versprechen der Regierungsvertreter an die Gemeinden wurden nicht eingehalten, vor allem in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Bildung und Infrastruktur. *Soweit Brigittes' Nachricht. Und ein Dank dafür!*

Zentralamerika im Fokus: Einsatz für Umwelt, Demokratie und Menschenrechte und die Rolle Deutschlands (Runder Tisch Zentralamerika, 7.-9. September 2023 in Berlin)

Anmerkung der Redaktion zum folgenden Veranstaltungshinweis: Leider kann aus der Redaktion niemand an dieser Veranstaltung teilnehmen. Wer von Euch also daran teilnimmt und bereit ist, einen Bericht dazu für die Fijáte! zu verfassen, ist höchst willkommen. Dabei sollte der Schwerpunkt auf jene Teile der Veranstaltung stehen, die mit Guatemala zu tun haben. Meldet Euch bitte! Vielen Dank!

In Zentralamerika wurden in den vergangenen Jahren auf besorgniserregende Weise demokratische Institutionen geschwächt. Die schwachen rechtsstaatlichen und demokratischen Strukturen, die sich nach den Bürgerkriegen herausgebildet hatten, wurden von antidemokratischen – und kriminellen – Akteuren zerstört. Unabhängige Journalist*innen, Richter*innen und Korruptionsermittler*innen werden verfolgt und ins Exil getrieben. Der Kampf um Land- und Umweltrechte wird auf Leben oder Tod geführt. Trotz dieser Entwicklungen zeichnet sich die Region durch kreativen und mutigen Widerstand einer Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Organisationen aus. Wie ihre autoritären Gegner*innen arbeiten auch demokratische Organisationen der Zivilgesellschaft zunehmend vernetzt und in breiten Allianzen mit Multi-Ebenen-Ansätzen. Dabei kommt Europa eine wichtige Rolle zu.

In der fünften Tagung des Runden Tisches Zentralamerika schauen wir auf die aktuellen Entwicklungen vor Ort, den zivilgesellschaftlichen Widerstand und die Rolle Deutschlands und Europas. Dies erfolgt im Rahmen von Paneldiskussionen und Workshops am 7. und 8. September 2023 in der Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin.

Am Samstag (9. September) bieten wir in der Martin-Luther-Kirche in Berlin-Neukölln einen Raum zur Vernetzung zwischen den zentralamerikanischen Gästen und der hiesigen Zivilgesellschaft sowie Gruppen der Diaspora. (Mit Spanisch-Deutsch Simultanübersetzung)



Illustration: Alejandro Sol. Lizenz: CC BY-NC-ND 4.0

Programm

07.09.2023

17:30 Anmeldung

18:00 Begrüßung und Willkommen durch Dr. Imme Scholz - Vorständin der Heinrich-Böll-Stiftung

18:15 Verteidigung kollabierender Demokratien - Zivilgesellschaften in Zentralamerika und die Rolle deutscher Entwicklungspolitik

Wilfredo Miranda – Divergentes, Nicaragua ; Susanne Menge – Mitglied des deutschen Bundestages (Bündnis 90/Die Grünen); Jan Michael Simon - Max-Planck-Institut zur Erforschung von Kriminalität Sicherheit und Recht, Freiburg; N.N. (Basisorganisation, Zentralamerika); Moderation: Dr. Ingrid Wehr - Direktorin Büro Heinrich Böll Stiftung, Zentralamerika, San Salvador

19:45 Empfang

21:00 Ende des ersten Tages

08.09.2023

08:30 Anmeldung

09:00 Einführung in den Tag

09:30 WORKSHOP 1: Der investigative Journalismus gibt nicht auf, im Gegenteil er hat sich nun regional organisiert mit: Jennifer Ávila (ContraCorriente, Honduras) Wilfredo Miranda (Divergentes, Nicaragua) Christian Mihr (Reporter ohne Grenzen); Moderation: Lya Cuellar (RTZA, Berlin), Mareike Bödefeld (hbs, Berlin)

09:30 WORKSHOP 2: Der mutige Kampf um Rechtsstaatlichkeit in Zentralamerika

mit: Helen Mack (Fundación Myrna Mack, Guatemala), Jan-Michael Simon (Max-Planck-Institut zur Erforschung von Kriminalität Sicherheit und Recht, Freiburg); Moderation: Melanie Bleil (Brot für die Welt, Costa Rica)

09:30 WORKSHOP 3: Feministische Strategien in Zentralamerika

mit Sara García (Agrupación Ciudadana por la Despenalización del aborto, El Salvador), Xaviera Molina (Red de Mujeres Pinoleras, Costa Rica), Derya Binışık (Gunda-Werner-Institut, Berlin); Moderation: Susanne Breuer (Misereor, Berlin)

09:30 WORKSHOP 4: Schutz der Naturressourcen im Kontext der Klima- und Umweltkrise

mit Amaru Ruiz (Fundación del Rio, Nicaragua), Ingrid Hausinger (Heinrich-Böll-Stiftung, San Salvador), Mariana Gutierrez (Ditsö, Costa Rica); Moderation: Klima AG (RT-ZA, Berlin)

11:15 Kurze Pause

11:30 4 Länderstationen:

Nicaragua/ Costa Rica mit: Wilfredo Miranda (Divergentes); Xaviera Molina (Red de Mujeres Pinoleras); Amaru Ruiz (Fundación del Rio)

Honduras mit: Jennifer Ávila (ContraCorriente); Esly Banegas (COPA)

El Salvador mit: Sara García (Agrupación Ciudadana por la Despenalización del aborto), Ingrid Hausinger (Heinrich-Böll-Stiftung, San Salvador)

Guatemala mit: Helen Mack (Fundación Mack)

13:00 Mittagspause

14:00 Energizer

14:30 PARALLELE FISHBOWLS: Handel und Finanzierung - Instrumente europäischer Politik in Zentralamerika?

FISHBOWL 1 Palmöl aus Zentralamerika und das EU-Lieferkettengesetz

Mit: Esly Banegas (COPA, Honduras) Anna Cavazzini (Grüne MEP) Eva-Maria Reinwald (Südwind, angefragt)

FISHBOWL 2 Finanzierung als Menschenrechte und Demokratieförderung?

Mit: Ingrid Hausinger (Heinrich-Böll-Stiftung, San Salvador) Amaru Ruiz (Fundación del Rio, Nicaragua), Debbie

Düring (Grüne MdB, Dt-Mittelamerikanische Parlamentariergruppe), Dr. Ursula Fuentes-Hutfilter (Referatsleiterin Auswärtiges Amt, Klimaschutz in Entwicklungsbanken)

16:00 Kaffeepause

16:30- 18:00 Für eine menschenrechtszentrierte, feministische EZ-Politik für eine demokratische Entwicklung Zentralamerikas

Mit: N.N. (Auswärtiges Amt, angefragt) Helen Mack (Fundación Mack, Guatemala) Jennifer Ávila (Contracorriente, Honduras) Tilly Metz (MEP, digital); Moderation: Julia Scherf (Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin)

8. September am Abend:

Ausklang mit Musik und zentralamerikanischen Köstlichkeiten im Mehringhof, Gneisenaustr. 2A, 10961 Berlin

9. September: Martin-Luther-Kirche, Fuldastr. 50-51, 12045 Berlin

10:00- 14:00 Die Arbeit der zentralamerikanischen Zivilgesellschaft in Deutschland und die deutsche Solidarität mit Zentralamerika Wie hat sich die Solidarität zwischen Deutschland und Zentralamerika in den letzten Jahren verändert? Welche Rolle spielt die zentralamerikanische Diaspora in der deutschen Zivilgesellschaft? Wie können wir uns als Zentralamerika-Solidarität in Deutschland und Europa besser artikulieren? Wie greifen die deutschen Einwanderungs- und Asylgesetze in die transnationale Artikulation zentralamerikanischer Aktivist*innen ein? Angesprochen sind zentralamerikanische Diasporagruppen in Deutschland, Solidaritätsgruppen mit Zentralamerika, Städtepartnerschaften und Basisorganisationen. Dieser Tag wird nicht ins Deutsche übersetzt, die Diskussionen werden nur auf Spanisch geführt.

Kontakt: Mareike Bödefeld, Heinrich-Böll-Stiftung, boedefeld@boell.de; Lya Cuéllar, Runder Tisch Zentralamerika, koordination@rt-za.de

Hip-Hop-Workshop mit guatemaltekischer Sängerin am 20. August in Berlin

pbi-Deutschland organisiert den Workshop „[Making Space for Human Rights – Empowerment durch Hip Hop](#)“, mit der guatemaltekischen Hip-Hop-Sängerin Rebeca Lane. Der Workshop „Making Space for Human Rights – Empowerment durch Hip Hop“ verknüpft didaktisch Fragen der Verletzlichkeit, der Menschenrechte und des Community-Feminismus mit dem Genre des HipHop als Empowerment-Tool für die LGBTIQ*-Community.

Gemeinsam mit der HipHop-Sängerin [Rebeca Lane](#) aus Guatemala nähern wir uns den Themen Community-Feminismus, dem Konzept des Körperterritoriums und der Ni Una Menos-Bewegung und stellen sie in den Kontext des geopolitischen Spielraums und der Ermächtigung der globalen Zivilgesellschaft, den Kampf für Menschenrechte fortzusetzen. Die Teilnehmer:innen sollten die Bereitschaft mitbringen, zu singen und ihre eigenen Erfahrungen zu teilen.

Zeit: 20. August 2023 von 13:00 bis 18:30

Ort: Berlin; **Sprache:** Spanisch, **Kosten:** 30€; **Anmeldung:** [bildungsjprojekt@pbi-deutschland.de](mailto:bildungsprojekt@pbi-deutschland.de)

In eigener Sache: Und jetzt beginnt die kurze Sommerpause ...

Wie in den vergangenen Jahren auch macht die Redaktion der ¡Fijáte! im Sommer eine Ausgabe Pause. Das heisst, dass das nächste Heft 787 am 13.09. erscheinen wird. Bis dahin wünscht die Redaktion einen schönen Sommer!



¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6